



St. Gallen, 18. März 2025

Medienmitteilung zum Geschäftsbericht 2024

Organisatorische Fortschritte trotz erhöhter Geschäftslast

Das Bundesverwaltungsgericht verzeichnete im Jahr 2024 einen weiteren markanten Anstieg bei den eingehenden Verfahren. Gleichzeitig setzte das Gericht seine Digitalisierungsstrategie konsequent fort und erzielte Fortschritte in der Organisationsentwicklung.

Wie zu erwarten war, erhöhte sich im Jahr 2024 die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts markant. Mit 8198 Fällen gingen insgesamt 868 mehr Fälle ein als im Vorjahr (2023: 7330). Zurückzuführen ist der Anstieg insbesondere auf die Zunahme der Verfahren im Asylbereich.

Aus dem Vorjahr wurden 5619 hängige Verfahren übernommen. Trotz einer Zunahme der Erledigungen um 493 Fälle auf 7144 (2023: 6661), stieg die Zahl der Pendenzen auf 6673 Fälle an (+1054). Die durchschnittliche Verfahrensdauer blieb mit 249 Tagen auf Vorjahresniveau (2023: 250).

Die fünf vom Parlament bewilligten zusätzlichen Richterstellen wurden im September 2024 mit der Wahl einer Richterin und vier Richter besetzt. Sie haben ihr Amt anfangs 2025 angetreten. Gleichzeitig hat die Bundesversammlung sämtliche bereits im Amt tätigen Richterinnen und Richter des Bundesverwaltungsgerichts wiedergewählt. Die zusätzlichen Stellen führten zu einer Verknappung der Büroräume. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) wurde ein Konzept entwickelt, um zusätzliche Arbeitsplätze ohne grössere bauliche Massnahmen zu schaffen.

Das Gericht trieb das Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF weiter voran. Die Einführung der Applikation Acta Nova im Rahmen des GEVER-Projekts ermöglichte eine optimierte Datenverwaltung. Zudem startete die Entwicklung der neuen FAJUFI-Applikation zur Ablösung bestehender Kernsysteme.

Medienkontakt

Artur Zazo
Leiter Kommunikation
+41 58 469 50 58
medien@bvger.admin.ch

Das Bundesverwaltungsgericht in Kürze

Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) besteht seit 2007 und hat seinen Sitz in St. Gallen. Mit 78 Richterinnen und Richtern (70 Vollzeitstellen) sowie 395 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (334 Vollzeitstellen) ist es das grösste eidgenössische Gericht. Es behandelt Beschwerden, die gegen Verfügungen von Bundesverwaltungsbehörden erhoben werden. In gewissen Bereichen überprüft es auch kantonale Entscheide, zudem urteilt es vereinzelt erstinstanzlich in Klageverfahren. Das BVGer, das sich aus sechs Abteilungen zusammensetzt, erlässt im Durchschnitt 6500 Entscheide pro Jahr.